



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2010/09245**
Datum: 06.10.2010
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Herr Gerry Kley
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	27.10.2010	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Planungsangelegenheiten	11.01.2011	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten	09.12.2010 20.01.2011	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	15.02.2011	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	16.02.2011	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	23.02.2011	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einrichtung von Grüne-Welle-Schaltungen an allen Ampelanlagen in Halle (Saale)

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt,
zur Reduzierung von Luftschadstoffen möglichst alle Ampelanlagen in der Stadt Halle (Saale) in eine Grüne-Welle-Schaltung für den motorisierten Individualverkehr einzubeziehen.

Für die Anlagen, die bereits gekoppelt sind, ist endlich eine Grüne Welle auch für den Individualverkehr durchzusetzen.

gez. Gerry Kley
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Die Stadt Halle (Saale) versucht sich gegen die zwangsweise Einführung einer Umweltzone zu wehren. Leider wurde zur Senkung von Luftschadstoffen bisher lediglich der Appell an die Bürger, mehr Straßenbahn zu fahren erlassen. Durch das unnötige Warten vieler Motorfahrzeuge vor nicht abgestimmten Ampeln verlängert sich für die Verkehrsteilnehmer nicht nur die Fahrzeit, auch der Schadstoffausstoß ist für die Umwelt als kritisch anzusehen. Da nicht alle haleschen Verkehrsteilnehmer auf den ÖPNV zurückgreifen können und die Radwege nach wie vor fast unbenutzbar sind, sollte durch Grüne-Welle-Schaltungen ein kleiner Beitrag geleistet werden.



Stadt Halle (Saale)
Dezernat III
Sicherheit, Gesundheit und Sport

18.10.2010

Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einrichtung von Grüne-Welle-Schaltungen an allen Ampelanlagen in Halle (Saale) in der Sitzung des Stadtrates am 27.10.2010
Vorlagen-Nr.: V/2010/09245
TOP 7.6

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Oberbürgermeisterin verweist den Antrag zur Vorberatung in die Ausschüsse für Planungsangelegenheiten und Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Begründung:

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 08.01.1997 (Nr. 96/I-26/502) das „Verkehrspolitische Leitbild der Stadt Halle (Saale)“ beschlossen. Demnach haben der ÖPNV, Radfahrer und Fußgänger Vorrang vor dem Kfz-Verkehr. Diese verkehrspolitischen Ziele der Stadt beeinflussen die Schaltvarianten der Lichtsignalanlagen.

Die Ampelschaltungen sind Gegenstand einer ständigen Prüfung, abhängig auch vom Unfallgeschehen. Zur ausführlichen Erörterung des Antrages ist eine Vorberatung in den zuständigen Ausschüssen erforderlich.

Dr. Bernd Wiegand
Beigeordneter